

Der Autor geht insgesamt sehr behutsam und wissenschaftlich korrekt mit Zeugnissen und zeitgenössischen Dokumenten um, einige seiner Ausführungen sind jedoch kritikwürdig, wie z.B. seine Anmerkungen zu der angeblichen weitgehenden Untätigkeit des polnischen Untergrundes, der in Wirklichkeit keine Möglichkeiten hatte, den Massenmord an den Juden zu stoppen. In manchen Fällen bleiben bereits veröffentlichte Erkenntnisse unberücksichtigt. Die Übersetzung ist als gelungen zu bezeichnen, obwohl es angebracht gewesen wäre, die bereits in deutscher Sprache veröffentlichten Publikationen zu übernehmen und nicht ihre polnischen Versionen rückzuübersetzen. Dasselbe gilt für einige zeitgenössische deutschsprachige Dokumente, die vom Polnischen ins Deutsche rückübersetzt wurden. Diese vereinzelten quellenkritischen Unzulänglichkeiten schmälern jedoch keineswegs den Wert der hier besprochenen Arbeit. Dem Metropolverlag ist zu danken, dass er sich entschlossen hat, diese wichtige Arbeit übersetzen zu lassen und in deutscher Sprache zu veröffentlichen.

---

*Günter J. Trittel*, „Man kann ein Ideal nicht verraten...“. Werner Naumann – NS-Ideologie und politische Praxis in der frühen Bundesrepublik. Göttingen, Wallstein 2013. 347 S., € 39,-. // DOI 10.1515/hzhz-2015-0090

---

Norbert Frei, Jena

Werner Naumann, Staatssekretär im Propagandaministerium, war 36 Jahre alt, als im Bunker unter der Reichskanzlei Mord und Selbstmord grassierten. Am Abend des 1. Mai 1945, kurz vor Goebbels' Suizid und einen Tag nach dem des „Führers“, der ihn testamentarisch als neuen Propagandaminister eingesetzt hatte, flüchtete Naumann mit einer Gruppe von Hitler-Getreuen aus dem umkämpften Regierungsviertel. Martin Bormann, der „Sekretär des Führers“, biss schon in der Invalidenstraße auf seine Giftampulle, Naumann hingegen konnte untertauchen – und blieb für die nächsten fünf Jahre verschwunden. Damit gelang ihm, wie der Vf. hervorhebt, etwas Besonderes: Alle anderen aus der obersten NS-Führungsriege, soweit sie das Kriegsende überlebten, wurden interniert und vor Gericht gestellt (in Nürnberg anstelle von Goebbels oder Naumann bekanntlich Hans Fritzsche).

Möglicherweise resultierte aus dieser Sonderstellung des Ranghöchsten unter den handlungsfähigen „Ehemaligen“ auch jenes Sendungsbewusstsein, das Naumann seit Frühjahr 1950 an den Tag zu legen begann, als er, ermutigt von dem ihm

gut bekannten Rechtsanwalt Kurt Georg Kiesinger, von einer Regelung des Bonner Straffreiheitsgesetzes Gebrauch machte und sich in Tübingen unter seinem richtigen Namen bei den Behörden meldete. Nach inzwischen zur Formsache gewordener Entnazifizierung ging es auch beruflich voran: Als Mitarbeiter einer dubiosen Export-Import-Firma in Düsseldorf-Büderich verfügte er über hinreichend Zeit und Geld, um sich politische Gedanken zu machen – und Kontakt mit alten Kameraden aufzunehmen.

Doch weder die nationalsozialistische „Bruderschaft“ noch der gerade entstandene Verband Deutscher Soldaten erschienen dem Hitler-Gläubigen, der sich als „politischer Erzieher“ und Analytiker sah, als der passende Rahmen. Zumal er glaubte, die Zeit auf seiner Seite zu haben: vor 1957 seien die Deutschen nicht wieder in großem Stil für die nationalsozialistische Sache zu gewinnen. Insofern kam ihm das Angebot, vor der zweiten Bundestagswahl die nordrhein-westfälische FDP nach rechtsaußen zu führen, im Grunde ungelegen. Dass ausgerechnet dieses Experiment im Januar 1953 mit der bekannten Aktion der britischen Militärpolizei gegen den vermeintlichen „Gauleiterkreis“ und Naumanns Verhaftung endete, war so betrachtet ziemlich bitter.

Trittels akribische Naumann-Exegese – eine der Fußnoten läuft über eineinhalb Seiten – kommt zu dem Ergebnis, dass es dem sich weniger antisemitisch als antibolschewistisch gerierenden Ideologen nicht um eine „gezielte Unterwanderungs- und Instrumentalisierungspolitik“ gegenüber den bestehenden Parteien ging (für die CDU hatte ihm wohl auch Kiesinger ein Angebot gemacht). Geplant gewesen sei stattdessen der „Aufbau einer eigenständigen rechtsextremen ‚Bewegung‘“. Dass Naumann dieses Vorhaben auf die allzu lange Bank geschoben hatte, wird man als Scheitern aus Angst vor Versagen deuten dürfen. An der Berechtigung von Adenauers stillschweigender Dankbarkeit gegenüber den Briten ändert das nichts: Nach deren Eingreifen hatte sich das Projekt einer „Nationalen Sammlung“ erledigt. Die „bislang orientierungs- und bindingslos gebliebenen Volksgemeinschaftspartikel“ (Trittelt) ordneten sich fortan nach dem Magnetfeld des Kanzlers.

Einstimmig verabschiedeten die Kultusminister der westdeutschen Bundesländer im Dezember 1956 Empfehlungen zur sogenannten Ostkunde. Neben dem Wachsen des Willens zur Wiedervereinigung mit den mitteldeutschen Ländern ging es dabei darum, bei der Jugend ein „inneres Verhältnis“ zu den Vertreibungsgebieten im historischen deutschen Osten aufzubauen und sie durch bessere Kenntnisse Ostmitteleuropas für die Auseinandersetzung mit dem dort „gegenwärtig“ herrschenden Sowjetkommunismus zu wappnen.

Ein bereits entspannungspolitisch motivierter Versuch des von Willy Brandt regierten West-Berlin, die Ostkunde-Empfehlungen zu revidieren und angesichts der deutschen Mitverantwortung für das „Vordringen des sowjetischen Imperialismus nach Westen“ stärker auf das friedliche Zusammenleben mit den slawischen Nachbarn hin zu orientieren, schlug 1963 fehl. Erst im Kontext der Verabschiedung der Ostverträge Anfang der 1970er Jahre einigten sich sozialliberale und CDU/CSU-regierte Länder auf einen Kompromiss. Demzufolge galten die Empfehlungen von 1956 „heute nicht mehr in ihrer Gesamtheit“ als „Grundlage von aktuellen Maßnahmen der Kultusverwaltungen“. Aber erst mit der definitiven Klärung der deutschen Ostgrenzen im Zuge der Wiedervereinigung verabschiedete sich die Kultusministerkonferenz dann endgültig von den alten Ostkunde-Empfehlungen.

In der Studie wird zunächst untersucht, wer die treibenden Kräfte hinter der Institutionalisierung der Ostkunde gewesen waren: Die deutschen Heimatvertriebenen und ihre Verbände, in Gestalt regionaler Lehrerorganisationen und vor allem der Bundesarbeitsgemeinschaft für deutsche Ostkunde im Unterricht. Dass in den Ländern oft die Vertriebenenministerien bzw. die für Vertriebenenfragen zuständigen Sozialministerien, nicht aber die Kultusministerien selbst die Kompetenz zur Förderung der Ostkunde hatten, war ebenso bezeichnend wie die Tatsache, dass sich nur selten Lehrer ohne Vertriebenenhintergrund in der ostkundlichen Vermittlung hervortaten.

Gegen den mächtigen Strom der Westbindung, aus politisch-kulturellen wie sicherheitspolitischen Gründen eine Grundvoraussetzung bundesdeutscher Existenz